

Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 02.02.2021
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr
Sitzungsort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Martin Warning SPD

reguläre Mitglieder

Stefan Koch	Rostocker Bund	Vertretung für: Jobst Mehlan
Roland Schippmann	Träger der freien Jugendhilfe	
Chris Günther	CDU/UFR	
Jahn Osterloh	CDU/UFR	
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Nicole Peter	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Stefan Treichel	fraktionslos	
Anke Baumann	Träger der freien Jugendhilfe	
Hanka Bobsin	Träger der freien Jugendhilfe	
Christina Fiedler	Träger der freien Jugendhilfe	
Ira Leithoff	Träger der freien Jugendhilfe	
Katrin Schankin	Träger der freien Jugendhilfe	

Stellvertreter

Monique Tannhäuser DIE LINKE.PARTEI

beratende Mitglieder

Sven Heilmann
Dagmar Lühke
Achim Segebarth

Abwesend

reguläre Mitglieder

Jobst Mehlan

Rostocker Bund

entschuldigt

beratende Mitglieder

Thorsten Nappe

entschuldigt

Dirk Panzner

entschuldigt

Protokoll:

Ines Schröder

Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Verwaltung:

Steffen Bockhahn

Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule

Robert Pfeiffer

Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Gäste:

Stefan Meysing

Polizeiinspektion Rostock

Presse

NNN

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der
Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der
Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Fragestunde für Kinder und Jugendliche
- 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom
05.01.2021
- 5 Geschäftliche Mitteilungen
- 6 Berichte aus den Unterausschüssen
- 7 Berichte aus der Verwaltung
- 8 Anträge

8.1	Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"	2020/AN/1792 zurückgestellt
8.1.1	Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"	2020/AN/1792-01 (SN) zurückgestellt
9	Beschlussvorlagen	
9.1	Wahl von 2 Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung	2020/BV/1794 vertagt
9.2	Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung	2020/BV/1795 vertagt
9.3	AG-Gründung nach § 78 SGB VIII	2021/BV/1906 ungeändert beschlossen
10	Informationsvorlagen	
11	Anfragen	
12	Verschiedenes	
12.1	Verständigung zur Sitzungsdurchführung des JHA	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Warning, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Die Sitzungsunterlagen wurden den Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Um 16:00 Uhr sind 14 Mitglieder anwesend.

2 Änderung der Tagesordnung

Frau Tannhäuser beantragt, die beiden Vorlagen BV 1794 und BV 1795 unter TOP 9.1 und TOP 9.2 zu vertagen, da durch die Fraktion DIE LINKE.PARTEI die Benennung von 2 Mitgliedern für den JHA noch nicht erfolgte und demzufolge auch durch die Bürgerschaft noch nicht beschlossen werden konnte. Die Mitglieder sprechen sich mehrheitlich mit 13 Befürwortungen und 1 Enthaltung für die Vertagung aus. Die geänderte Tagesordnung wird durch die Mitglieder einstimmig beschlossen.

3 Fragestunde für Kinder und Jugendliche

Der Vorsitzende erinnert an die im JHA durch Frau Dieckmann bereits vorgestellten

Flyerentwürfe und dass jetzt in den weiteren Gestaltungsprozess gegangen werde. Frau Schankin ergänzt, dass nun die Kinder und Jugendlichen zu ihren Ideen oder Anregungen befragt werden.

4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.01.2021

Herr Osterloh merkt an, dass sich seine unter TOP 11 gestellte Nachfrage an die Verwaltung erledigt hat, da die Zielvereinbarung getroffen und die Zuwendungsbescheide bereits versandt wurden. Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 13 Befürwortungen und 1 Enthaltung beschlossen.

5 Geschäftliche Mitteilungen

-

6 Berichte aus den Unterausschüssen

Frau Schankin, stellv. Vorsitzende des UA JHPL, berichtet über die im letzten UA JHPL am 26.01.2021 behandelten Themen:

- Vorstellung Entwurf Rahmenkonzeption SBZ durch Mitglieder der AG nach § 78
- Verschiebung der Kandidatenbenennung für den Vorsitz UA JHPL, bis 2 neue Mitglieder nachnominiert werden
- Verständigung zur Durchführungsform des UA JHPL

7 Berichte aus der Verwaltung

Die Verwaltung informiert zu nachfolgenden Themenschwerpunkten:

- über die derzeit stattfindende Entscheidungsfindung auf Ebene der Landesregierung mit den komm. Spitzenverbänden aufgrund aufgetretener Virusmutation (Krippe, Kiga, Hort); mit Stand vom 01.02.2021 waren 0,028 % der in den Einrichtungen befindlichen Kinder von der Virusmutation betroffen,
- über die Angebotsunterbreitung, zunächst in geschlossenen Zweigstellen der Bibliotheken die stundenweise Präsenzbeschulung von Jugendlichen vorzunehmen

Weiterhin wird sehr ausführlich informiert über:

- die Jugendhilfelandschaft im Corona-Kontext; die Verwaltung dankt den freien Trägern für den seit 11 Monaten gemeinsam gefundenen sehr guten Arbeitsmodus im Lockdown;
- die Kitaauslastung: mit Stand vom 01.02.2021 betrug diese 45% - die Landesregierung wird keine Masken für Erzieher stellen – dieses ist Arbeitgeberpflicht;
- Versand der angepassten Kita-Bildungskonzeption durch das Ministerium; ein Fachtag zur Bildungskonzeption ist in digitaler Form (90 Kitas) schwer umsetzbar – die Verwaltung wird einen Fachtag in Präsenz mit den Kita-LeiterInnen organisieren, sofern es die Rahmenbedingungen der Pandemiesituation wieder zulassen;
- Integrative Kita und Sonderkita – werden mit hoher Wahrscheinlichkeit mit ins KiföG übertragen – dann Regelkita. Auf Basis des dann vorliegenden Positionspa-

- piers erfolgt AG-Bildung; in HRO erfolgt amtsintern eigene Positionserarbeitung zum Inklusionsbegriff;
- Digitalisierung – Info über stattfindenden abschließenden Workshop im Amt und anschließenden Termin mit der Verwaltungsspitze; bei Wunsch können die finalen Workshopergebnisse auch gerne dem JHA vorgestellt werden;
- In 10/2021 startet an der Europäischen Fachhochschule (EUFH) der Studiengang „Soziale Arbeit“, ausgerichtet auf Verwaltung/Behörde; Entsendung von 4 Studenten; 3-jähriges duales Studium; zurzeit erfolgt die gemeinsame Lehrplanerstellung mit der EUFH; Studiengang am Standort Rostock/als Amt auszubilden - hat innovativen Charakter;
- Öffentlichkeitskampagne von Jugendämtern – Plakataktionen an öffentlichen Plätzen, um auf die Arbeit in Jugendämtern aufmerksam zu machen/zu werben;
- Hortinvestitionsrichtlinie wurde vom Land zugestellt – Abstimmung der zu fördernden Projekte im JHA wird zeitlich knapp, da Anfragen von Kommunen bald größer sind als die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel;
- SGB VIII-Reform – strukturelle und organisatorische Prozesse müssen überdacht werden (Zuordnung Fallmanagement SGB IX etc.); Ergebnisse werden dem JHA dann vorgestellt; auch bei Careleaver-Betreuung eventuell anstehende Strukturveränderungen;
- Stand umA: 30, davon 6 Mädchen – aktuell keine Zuweisungen, umA-Zugänge vom Seehafen verbleiben dann sofort in HRO

Nachdem Frau Schankin zum Thema Digitalisierung anmerkt, dass schon im Entstehungsprozess auf die Möglichkeit des persönlichen Vorsprechens im Amt geachtet werden sollte, klärt die Verwaltung auf, dass Digitalisierung von Verwaltungsleistungen heißt, interne Prozesse neu zu gestalten und Effizienzen im Verwaltungshandeln zu heben sowie zusätzliche Angebote an Bürger zu geben. Es bedeutet kein Kontaktverzicht – aber online Terminbuchungen sollen u. a. möglich werden.

Auf Nachfrage von Frau Tannhäuser bzgl. der Höhe von Studiengebühren an der EUFH informiert die Verwaltung u.a., dass die Finanzierung des Studiums Soziale Arbeit durch die Dienststelle getragen wird, gleichzeitig aber auch eine 4-jährige Bindungsfrist an den Arbeitgeber in den Ausbildungsverträgen gefordert werde bzw. eine Rückzahlung der Studiengebühren vorgesehen ist.

Bzgl. der Thematik Hortinvestitionsrichtlinie verständigen sich die Mitglieder nach kurzem Meinungsaustausch darauf, dass die Verwaltung hierzu eine Infovorlage in den JHA einreicht.

Auf Nachfrage zum Zeitplan der SGB VIII-Reform informiert die Verwaltung u. a., dass die hohe Wahrscheinlichkeit bestehe, dass das Gesetz durch den Bundestag und –rat noch vor der Bundestagswahl am 26.09.2021 verabschiedet wird. Gleichzeitig verweist die Verwaltung auf die nicht unwesentlichen monetären Auswirkungen bei der Rechtskreisauslösung der EGH für Minderjährige in das SGB VIII. Auf Nachfrage von Frau Schankin zum soz.-päd. Betreuungsbedarf bei der Anbindung von Careleavern an das Jugendhaus informiert die Verwaltung, dass dies der Berufsförderung dienen soll und die päd. Betreuung sichergestellt wird.

8 Anträge

8.1 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion

2020/AN/1792

Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"

Durch Herrn Osterloh wird noch mal bekräftigt, dass die Antragsthematik durch einen fraktionsübergreifenden weiteren Änderungsantrag untermauert wird. In einem längeren intensiv geführten Meinungsaustausch sprechen sich die Mitglieder einvernehmlich für eine noch kinderfreundlichere Kommune aus, verdeutlichen aber auch ihre derzeit unterschiedlichen Auffassungen bzgl. der Teilnahme an der von der UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk gegründeten Initiative. Für die Entscheidungsfindung werden sich noch mehr fachliche Auseinandersetzungen und weitere Klarheit für die Ressourcen gewünscht. Nachdem Herr Osterloh und Frau Günther noch einmal die Wichtigkeit der Teilnahme der HRO an der Initiative darlegen und darauf verweisen, dass bei Teilnahme am Programm viele Befragungen zur Bestandsaufnahme erfolgen, die auch entscheidend sind, ob eine halbe oder ganze Stelle zur Begleitung notwendig ist – wird durch Frau Günther der Antrag zurückgestellt.

Zurückgestellt!

8.1.1 Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"

2020/AN/1792-01 (SN)

Zurückgestellt!

9 Beschlussvorlagen

9.1 Wahl von 2 Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung

2020/BV/1794

Vertagt! (s. TOP 2)

9.2 Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung

2020/BV/1795

Vertagt! (s. TOP 2)

9.3 AG-Gründung nach § 78 SGB VIII

2021/BV/1906

Nachdem die Verwaltung die Vorlage erläutert und ausdrücklich für die Zustimmung der

Mitglieder einwirbt, informiert Herr Warning auf Nachfrage von Herrn Osterloh bzgl. TN-Kreis, dauerhafter AG-Planung etc. dass es nicht immer zweckdienlich sei, konkrete Aufgabenstellungen, Vorgaben und Zeitpläne zu beschließen. Durch Herrn Segebarth wird die Schwierigkeit verdeutlicht, bei einem allzu großen Teilnehmer- und Themenkreis überhaupt zu Ergebnissen zu kommen. Durch die Mitglieder wird die Vorlage einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII (Sozialgesetzbuch – Achtes Buch) mit dem Schwerpunkt „Entwicklung von Rahmenbedingungen für wirksame Schnittstellenkooperation von Jugendhilfe, Polizei, Justiz, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Schule in kommunikativer Zusammenarbeit für Rostocker Kinder und Jugendliche“ sowie die Erarbeitung einer Geschäftsordnung.

Abstimmung:

Dafür:	14
Dagegen:	-
Enthaltungen:	-

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

10 Informationsvorlagen

11 Anfragen

Auf Nachfrage von Frau Fiedler zum Start/Arbeitsbeginn der Planungsgruppen informiert Frau Schankin, dass dieser Tage durch den Jugendhilfeplaner die Einladungen versandt werden.

12 Verschiedenes

12.1 Verständigung zur Sitzungsdurchführung des JHA

Auf der Grundlage des durch die Bürgerschaft bereits beschlossenen fraktionsübergreifenden Dringlichkeitsantrages zur Aufrechterhaltung der Arbeit der Bürgerschaft und ihrer Gremien während der Corona-Pandemie fragt der Vorsitzende die Mitglieder nach ihrer Bereitschaft zur Sitzungsdurchführung als Videokonferenz oder Hybridsitzung (Mischung aus Videokonferenz und Präsenzsitzung) an. Herr Knisch schlägt vor, jeweils vor der nächsten Sitzung gemeinsam die Art der Sitzungsdurchführung zu beschließen. Die Mitglieder sprechen sich einstimmig für Video- und Hybridsitzungen aus. Da auf der TO der nächsten JHA-Sitzung Wahlen durchzuführen sind, wird die Sitzung im März als Präsenzsitzung durchgeführt.

gez. Martin Warning
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

gez. Ines Schröder
Geschäftsführerin